

DEMO

KOMMUNALKONGRESS

Treffpunkt
sozialdemokratischer
Kommunalpolitik



www.demo-kommunalkongress.de

PROGRAMM-MAGAZIN

ZUM 18. DEMO-KOMMUNALKONGRESS | 09.–10. NOVEMBER 2023



»KOMMUNEN
SCHAFFEN
AUFBRUCH«

MIT NACHHALTIGEM STROM IN DIE ZUKUNFT



So wie die Sonne die Quelle allen Lebens ist, bildet Elektrizität heute die Grundlage unseres gesellschaftlichen Lebens und die Basis einer florierenden Wirtschaft. Um dauerhaft und nachhaltig Strom zu erzeugen, setzen wir auf erneuerbare Energien aus der Kraft von Wind und Sonne.

Bei ALTUS investieren wir jede Minute unserer Arbeitszeit in eine nachhaltige Energieversorgung. Unser gemeinsames Ziel ist es, Ökologie und Ökonomie in Einklang zu bringen und die Energieerzeugung in Deutschland dauerhaft klimafreundlicher zu gestalten.

Dafür geben unsere über 80 Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen jeden Tag 100% Leistung für 100% erneuerbare Energie aus Windkraft und Photovoltaik.

Ihre Ansprechpartner:

Marco Eggensperger
Geschäftsführer
info@altus-re.de
Telefon: +49 721 6269060



Thorsten Wehner
Politische Kommunikation & Strategie
t.wehner@altus-re.de
Mobil: +49 160 7850260



Liebe Freundinnen und Freunde der DEMO,

die Kommunen sind stark und wesentlich entscheidend für eine gute Zukunft in unserem Land. Um die Aufgaben, die sich den Kommunalen stellen, auch täglich bewältigen zu können, bedarf es immer wieder des Austausches mit anderen und der Diskussion um und über die verschiedenen Sichtweisen.

Diese Gelegenheit wollen wir geben, deswegen veranstalten wir den DEMO-Kommunalkongress. Wir wollen euch in lockerer Atmosphäre zusammenbringen und eure Arbeit würdigen. In diesem Jahr findet der DEMO-Kommunalkongress zum 18. Mal statt und wir sind – trotz aller aktuellen Herausforderungen – sicher: Kommunen schaffen Aufbruch.

Erstmals ist dem DEMO-Kommunalkongress ein Kommunal-Camp als ergänzendes Bildungsangebot der Bundes-SGK und des SPD-Parteivorstandes vorgeschaltet. Hier können sich all diejenigen informieren, die nach neuen Ideen und Impulsen für bevorstehende Wahlkämpfe suchen. Wir von der DEMO freuen uns über diese Kooperation.

Es ist schön, dass wir euch alle hier in Berlin begrüßen können und ihr mit uns über die Aufnahme und Integration von Flüchtlingen genauso diskutieren wollt wie über Mobilität und die großen Herausforderungen des Klimawandels. Auch die Krankenhausreform und andere kommunale gesundheitspolitische Themen sind uns die Betrachtung wert. Ihr habt in den verschiedenen Fachpodien, Workshops und Fachgesprächen die Gelegenheit, euer Wissen zu vertiefen.

Wir freuen uns sehr, prominente Teilnehmer wie den neuen Bundes-SGK-Vorsitzenden Thorsten Kornblum, Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach, die SPD-Vorsitzende Saskia Esken sowie die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung Reem Alabali-Radovan begrüßen zu dürfen. Zeigt doch so viel Prominenz auch, wie wichtig der Partei die Kommunalen sind und wie groß ihre Verantwortung.

Doch es geht uns in den beiden Tagen im Umweltforum nicht nur um Pflicht, sondern auch um Kür. Und so werden wir wieder am Donnerstag im Rahmen des Kommunalen Abends herausragende Persönlichkeiten für ihre besonderen kommunalen Leistungen mit dem DEMO-Kommunalfuchs auszeichnen.

Wir von der DEMO freuen uns auf die Gespräche und den fachlichen Austausch mit Euch.

Herzlich

Karin Nink

Chefredakteurin der DEMO
Geschäftsführerin des vorwärts-Verlages



IMPRESSUM

Das Programm-Magazin ist eine Anzeigensonveröffentlichung zum DEMO-Kommunalkongress 2023

ViSdP: Karin Nink, Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH, Stresemannstr. 28, 10963 Berlin | **Anzeigen:** Henning Mahler, Henning Witzel, Kerstin Böhm, Simone Roch, ASK Agentur für Sales und Kommunikation GmbH, Bülowstraße 66, 10783 Berlin | **Layout:** Jana Schulze | **Titelbild:** Dirk Bleicker | **Druck:** MPC Media Print Consulting GmbH & Co. KG, Am Fohlenhof 5, 82256 Fürstenfeldbruck

Stand: 19. Oktober 2023



KARL LAUTERBACH

PROFILIERTER GESUNDHEITSPOLITIKER UND MINISTER

Der Gesundheitsökonom ist seit 2005 SPD-Bundestagsabgeordneter und seit Ende 2021 Bundesminister für Gesundheit im Kabinett Scholz. Der 1963 in Düren geborene Politiker studierte in Aachen, in den USA, promovierte in Düsseldorf und studierte an der Harvard School of Public Health. Er gründete das Institut für Gesundheitsökonomie, Medizin und Gesellschaft (IGMG), als Direktor ist er beurlaubt. Er war u. a. 2003 Mitglied der Rürup-Kommission für die Nachhaltigkeit der Finanzierung der Sozialen Sicherungssysteme. In der Gesundheitspolitik tritt er als Befürworter einer Bürgerversicherung auf, um einer Zwei-Klassen-Medizin entgegenzuwirken. Nach seinen Vorstellungen sollen Krankenhäuser sich stärker spezialisieren, um die Qualität zu verbessern. Außerdem plant er Gesundheitskioske, um die Versorgung vor Ort zu ergänzen.

KÄMPFERIN FÜR VIELFALT

Reem Alabali-Radovan ist seit Herbst 2021 Staatsministerin beim Bundeskanzler und Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, seit 2022 auch für Antirassismus. Bei Amtsantritt war sie 31 Jahre alt, noch nicht einmal ein Jahr lang SPD-Mitglied und hatte gerade im Bundestagswahlkampf ein Direktmandat erobert. Ihr Durchhaltevermögen hat die Politikwissenschaftlerin und passionierte Boxerin mit irakischen Wurzeln mehrfach bewiesen: Sie ist als Geflüchtete 1996 nach Deutschland gekommen. Nach Stationen im Deutschen Orient-Institut, im Nah- und Mittelost-Verein in Berlin und einer Flüchtlingsunterkunft in Schwerin arbeitete sie zuletzt als Integrationsbeauftragte des Landes Mecklenburg-Vorpommern. Sie hofft auf einen Wandel, der gelingt, wenn die Vielfalt der Gesellschaft nicht nur Realität, sondern endlich überall auch Normalität wird.



REEM ALABALI-RADOVAN



THORSTEN KORNBLOM

KOMMUNALER MIT LANDESPOLITISCHER ERFAHRUNG

Das Amt komme „in wunderbare Hände“, zeigte sich Michael Ebling zuversichtlich, als er im Juni 2023 den Vorsitz der Bundes-SGK abgab. Sein Nachfolger ist Braunschweigs Oberbürgermeister Thorsten Kornblum. Geboren wurde er 1982 in Lingen (Ems). Erste kommunalpolitische Erfahrungen sammelte er während seines Studiums in Münster. Nach der Zweiten juristischen Staatsprüfung wurde Kornblum Regierungsrat in der Niedersächsischen Finanzverwaltung (2011–2013), persönlicher Referent des Niedersächsischen Innenministers Boris Pistorius (2013–2014), ebendort Referatsleiter (2014–2015) und Leiter des Ministerbüros (2015–2020). Im April 2020 wechselte Kornblum von Hannover nach Braunschweig, um das Amt des Ordnungsdirektors der Stadt zu übernehmen – und schließlich das des Oberbürgermeisters.

Künstliche Intelligenz: Was kommt auf Kommunen zu?

Verwaltungen sollten sich aktiv mit dem Thema befassen, rät eine Expertin. Schon heute wird KI in Städten und Gemeinden genutzt

Carl-Friedrich Höck

Künstliche Intelligenz (KI) wird unseren Alltag tiefgreifend verändern. Das gilt auch für kommunale Verwaltungen und Wirtschaftsbetriebe. Die Aufregung um das Programm ChatGPT hält KI-Expertin Tabea Hein zwar für einen vorübergehenden Hype. Doch sie rät Mitarbeitern von kommunalen Verwaltungen, sich jetzt mit dem Thema KI zu befassen, statt passiv die Entwicklung abzuwarten. In einem Beitrag für das „Handbuch Digitalisierung der Verwaltung“ (utb 2023) schreibt Hein: „Zur Konzeptionierung, Umsetzung und dem Betrieb von KI-Systemen fehlen in kommunalen Verwaltungen derzeit allerdings neben Wissen und Exper-

tise weitere Grundlagen, u. a. rechtliche Leitplanken und Standards, Erkenntnisse zu ethischen Grundsätzen, die praktisch umsetzbar sind, und flankierend, tiefergehendes Wissen um adäquate Vergabereformen (...)“

Dass KI im kommunalen Alltag trotzdem längst angekommen ist, hat eine Diskussionsrunde auf dem Deutschen Kämmerertag 2023 gezeigt. Selbst ein simpler Chatbot könne sich lohnen, erklärte Martin Murrack, Stadtdirektor und Kämmerer in Duisburg. Die Stadt setzt einen Bot im Callcenter und auf der Website ein. Die Belegschaft sei anfangs skeptisch gewesen, doch nach kur-

zer Zeit habe sich herausgestellt, dass 70 Prozent der Anfragen sich tatsächlich standardisierbar beantworten lassen. Die Mitarbeiter hätten somit mehr Zeit, sich um die kritischen Fälle zu kümmern. Auch in der Rechnungsverarbeitung werde KI bereits verwendet, berichtete Murrack. In anderen Kommunen werden Städte virtuell nachgebaut (Digitale Zwillinge), um verschiedene Szenarien durchspielen zu können. Die automatische Verkehrsüberwachung ist ebenfalls im Aufbau – auch das mithilfe von KI.



Mit „KI in der kommunalen Praxis“ befasst sich ein Fachpodium am zweiten Kongresstag, unter anderem mit der SPD-Parteivorsitzenden und langjährigen Digitalpolitikerin Saskia Esken.

Foto: Thomas Koehler/photothek.de

ANZEIGE

MIT BEISPIEL VORAN

FRIEDRICH EBERT STIFTUNG

GUTE BEISPIELE GESUCHT!

Mit Beispiel VORAN berichtet über zukunftsfähige Politik in Ländern, Regionen und Kommunen.



SCHLAGE UNS EIN BEISPIEL VOR!



www.fes.de/voran

»Wir sind ein bisschen spät dran«

Der Bund will die Kommunen per Gesetz zur Wärmeplanung verpflichten. Im Gespräch mit der DEMO erklärt Bauministerin Geywitz, warum sie bei dem Vorhaben aufs Tempo drückt. Detmolds Bürgermeister Frank Hilker antwortet ihr

Karin Billanitsch, Carl-Friedrich Höck, Kai Doering



Es ist notwendig, diesen Einstieg jetzt zu schaffen.

KLARA GEYWITZ
Bundesministerin für Wohnen,
Stadtentwicklung und Bauwesen

Frau Geywitz, Sie wollen alle Gemeinden verpflichten, eine kommunale Wärmeplanung zu erstellen. Warum ist Ihnen das Thema so wichtig?

Geywitz: Mir ist wichtig, auch als Brandenburgerin, die auf dem Dorf aufgewachsen ist, dass wir für die ländlichen Regionen keine Nachteile haben. Deswegen haben wir gesagt, wir machen eine Wärmeplanung für alle Gemeinden, die großen und die kleineren. Aber – und das ist wichtig – natürlich in einem vereinfachten Verfahren für die kleineren Gemeinden. Auch Kooperationen sollen ermöglicht werden.

Die Stadt Detmold hat schon viel Geld in den Ausbau der Fernwärme investiert. Da erscheint es jetzt sinnvoll, dass die Bürgerinnen und Bürger frühzeitig wissen, wie ihr Haus künftig beheizt wird. Herr Hilker, finden Sie es richtig, flächendeckend Wärmeplanung einzuführen?

Hilker: Wir sind die einzige Kommune in Ostwestfalen-Lippe, die das Pariser Klimaziel bis 2035 erreichen kann. Das hat unter anderem eine Ursache darin, dass wir uns gemeinsam mit unseren eigenen Stadtwerken schon sehr früh auf den Weg gemacht haben und das Thema mit dem Prozess zur Klimaneutralität und unserer Nachhaltigkeitsstrategie zusammengeführt haben. Wir haben schon im vergangenen Jahr damit angefangen, das Thema Fernwärme-Ausbau für die nächsten Jahre unabhängig von gesetzlichen Regelungen gemeinsam mit unseren Stadtwerken aufzubereiten. Die Bürgerinnen und Bürger wollen

Bescheid wissen und informiert sein über Umstieg oder Ersatz für ihre derzeitige Heizungsanlage. Um in der Wärmeplanung Erfolg zu haben, ist flankierend der Bürgerdialog entscheidend. Wir brauchen ein Miteinander von Stadtwerk, Verwaltung, Bürgern und einen Pakt mit den örtlichen Handwerksbetrieben. Um auf Ihre Frage zurückzukommen: Für uns stellt sich nicht die Frage nach richtig oder falsch, sondern es geht es darum, den Prozess, den wir begonnen haben, weiter zu forcieren – dafür braucht Detmold aber auch die notwendigen Ressourcen.

Gemeinden bis 100.000 Einwohner haben für die Wärmeplanung bis Mitte 2028 Zeit, die größeren bis Mitte 2026. Frau Geywitz, woher rührt der Zeitdruck?

Geywitz: Wenn man 2045 klimaneutral sein möchte, was ja das erklärte Ziel Deutschlands ist, und man weiß, dass so eine Heizung locker mal 20 Jahre hält, dann muss man aufhören, neue Erdöl- und Erdgasheizungen einzubauen. In den mehr als 19 Millionen Gebäuden in Deutschland nach und nach die Heizung auszutauschen, ist eine Generationenaufgabe. Deswegen ist es notwendig, diesen Einstieg jetzt zu schaffen. Andere Länder in Europa haben schon sehr viel früher angefangen, Wärmepläne aufzustellen. Die sind jetzt, was beispielsweise die Fernwärme betrifft, natürlich deutlich weiter. Einige Bundesländer haben sich bereits auf den Weg gemacht und Wärmepläne eingeführt. Also sind wir nicht zu eilig, sondern eher ein bisschen spät dran.

Herr Hilker, sind die Fristen aus Ihrer Sicht zu schaffen? Der Städtetag plädiert für eine Verlängerung um ein halbes Jahr, jeweils also bis Ende der jeweiligen Jahre.

Hilker: Ich nehme Sie mal mit nach Detmold. Wir haben hier 27 Ortsteile, und es muss in jedem einzelnen Gebiet den unterschiedlichen Gegebenheiten

Rechnung getragen werden. Das heißt, es braucht ein differenziertes, aber auch umsetzbares Konzept. Die Aufgabenübertragung für kommunale Wärmeplanung kommt dabei in einer Zeit, in der es für die Kommunen nie dagewesene kumulierte Herausforderungen gibt. Wir haben rückläufige Einnahmen, permanent steigende Ausgaben und Aufgaben. Wenn der Auftrag der kommunalen Wärmeplanung fachlich und dialogorientiert umgesetzt werden soll, benötigen wir zusätzliches Personal – in der Verwaltung

genauso wie bei den Stadtwerken. Daran führt kein Weg vorbei. Die Einhaltung der ambitioniert vom Bund gesetzten Fristen sowie Konzeption, Umsetzung und Fortschreibung des Konzeptes stehen und fallen damit, wie die Ressourcen gegenfinanziert werden können. In Nordrhein-Westfalen warten wir zudem noch darauf, dass das Ausführungsgesetz des Landes beschlossen wird. Das wird frühestens im Januar 2024 der Fall sein, es gehen also noch Monate ins Land. Diese Zeit fehlt den Kommunen zur Umsetzung, die als letzte in der Kette den Kopf vor Ort hinhalten müssen.

Frau Geywitz, Herr Hilker hat es angesprochen: Eine Wärmeplanung aufzustellen kostet Geld und bindet Personal. Welche Unterstützung wird der Bund dabei leisten?

Geywitz: Es stimmt, was Herr Hilker sagt: Es ist eine neue Pflicht. In der Vergangenheit mussten sich die Kommunen nicht flächendeckend einen Kopf machen, wie geheizt wird. Es gab zwar schon Kommunen mit einem Fernwärmenetz und Stadtwerke, die bei der Wärmeversorgung aktiv waren, aber das ist bislang nicht überall Standard. Wenn wir in Zukunft anders heizen, also ohne Gas und Öl, ändern sich die Voraussetzungen. Wenn eine Stadt Baugebiete ausweist, muss sie Kenntnis haben vom Zustand der Leitungskapazitäten für Strom und Wärme. Das ist nötig, um zu wissen, ob man das Bauprojekt sofort angehen kann, oder ob man zum Beispiel erst die Stromleitung

ertüchtigt. Für das alles braucht man in der Tat Personal und Geld. Der Bund unterstützt diesen Prozess und hat für die Wärmeplanung eine halbe Milliarde Euro reserviert. Mein Wunsch ist, dass wir die Mittel den Kommunen möglichst unbürokratisch zur Verfügung stellen. Da sind wir gerade in der Vorbereitung, wie das umgesetzt werden kann.

Für welchen Zeitraum steht die halbe Milliarde zur Verfügung?

Geywitz: Auch hier sind wir noch in der Vorbereitung. Das Geld soll über mehrere Jahre verteilt werden. Wir werden regional einen unterschiedlichen Hochlauf sehen. Wir haben Vorreiterkommunen, die haben jetzt schon eine Wärmeplanung. Manche sind kurz davor, sie abzuschließen, und andere fangen erst an.

Wenn alle Kommunen gleichzeitig Beratung benötigen, kann das funktionieren, wenn gleichzeitig Fachkräftemangel droht?

Geywitz: Das ist in allen technischen Bereichen und insgesamt im öffentlichen Dienst eine große Herausforderung. Viele Fachkräfte im öffentlichen Dienst werden in den nächsten Jahren in Pen-

Die Kommunen müssen den Kopf vor Ort hinhalten.

FRANK HILKER
Bürgermeister der Stadt Detmold



sion oder Rente gehen. Deswegen haben wir im Gesetz die Möglichkeit vorgesehen, dass kleinere Kommunen ein deutlich einfacheres Planverfahren anwenden können. Eine Gemeinde kann zum Beispiel eine Übersichtsanalyse machen und festlegen, dass sich keine zentrale Versorgung anbietet. Dann wissen alle Bürger, dass in ihrer Gemeinde zukünftig wohl kein Wärmenetz oder keine klimafreundlichen Gasnetze zur Verfügung stehen werden, sie können stattdessen andere technische

Optionen des Gebäudeenergiegesetzes ausloten. Ich kann mir zudem vorstellen, dass im ländlichen Raum verstärkt Biomasse genutzt wird, um lokale Nahwärmenetze zu betreiben. In Hessen gibt es gute Beispiele von Bioenergie-Dörfern. Deswegen ist es wichtig, dass auch der ländliche Raum sich mit dem Thema grüne Wärmeerzeugung vertraut macht, weil da Potenzial liegt.

Das komplette Interview lesen Sie auf demo-online.de/waermeplanung

Foto: Frank Hilker

ANZEIGE

Mit der KGSt die Zukunft gestalten – Weil es um starke Kommunen geht!

Mit der KGSt die Zukunft gestalten – Weil es um starke Kommunen geht!

Mit einem Team aus über 60 aufgeschlossenen, hinterfragenden und experimentierfreudigen Menschen unterstützt die KGSt ihre rund 2.500 kommunalen Mitglieder und deren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus allen Organisationsebenen im Prozess der Verwaltungsmodernisierung. Gemeinsam mit Praktikerinnen und Praktikern aus den Kommunen erarbeiten wir ganzheitliche Strategien und innovative Lösungen im Finanz-, Organisations-, Personal- und Informationsmanagement. Außerdem beschäftigen wir uns mit kommunalen Fachthemen, wie z. B. Soziales, Kultur oder Wirtschaftsförderung.

Alle Arbeitsergebnisse und Leistungen stehen unseren Mitgliedskommunen und deren Beschäftigten über das KGSt®-Portal kostenfrei zur Verfügung.

Zusätzlich profitieren sie von einem umfangreichen Fort- und Weiterbildungsangebot, von individuellen Beratungsleistungen sowie den Ergebnissen und Werten aus der Vergleichsarbeit. Ein weiterer wichtiger Bestandteil des Leistungsportfolios der KGSt ist die Bewertung von Tarif- und Beamtenstellen.



KGSt
Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement
Gereonstr. 18-32, 50670 Köln, Fon: +49 221 37689-0, kgst@kgst.de, www.kgst.de

**INFORMIEREN, TEILNEHMEN, MITGESTALTEN:
WIR FREUEN UNS! www.kgst.de**





Beratungssituation im Innenraum eines Thüringer Gesundheitskioskes

Gesundheitskioske als Anlaufstelle

Wie Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach die Versorgung in sozial oder strukturell benachteiligten Regionen verbessern will

Karin Billanitsch, Carl-Friedrich Höck

Bald sollen Kommunen selbst entscheiden können, ob sie einen Gesundheitskiosk in ihrer Stadt oder in ihrem Landkreis haben wollen. Das plant Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) mit dem Gesundheitsversorgungsstärkungsgesetz – GVSG. Sein ambitioniertes Ziel: in Deutschland rund 1.000 solcher Anlaufstellen für niederschwellige Beratungsangebote einzuführen.

Die Städte, Landkreise und Gemeinden haben nach dem Gesetzentwurf das alleinige Initiativrecht, wobei die Kommunen die Gesundheitskioske jeweils gemeinsam mit der gesetzlichen Krankenversicherung einrichten. Bedingung ist dabei, dass sich die Kreise und Städte finanziell beteiligen und eine enge Zusammenarbeit mit dem Öffentlichen Gesundheitsdienst gewährleistet ist.

Damit soll in sozial- oder strukturell benachteiligten Regionen die medizinische und soziale Beratung verbessert werden. Der Kiosk ersetzt keine Arztpraxis, aber es können zum Beispiel Fragen beantwortet werden, sodass ein Hausarztbesuch gar nicht mehr notwendig ist oder ein Arzt-

besuch gezielter gesteuert werden kann. So können Gesundheitskioske nachgelagerte Strukturen entlasten. Die Leitung der Gesundheitskioske soll jeweils eine Pflegefachkraft übernehmen.

Gesundheitskompetenz erhöhen

Ziel ist es laut dem Gesetzentwurf, die individuelle Gesundheitskompetenz insbesondere von Menschen mit besonderem Unterstützungsbedarf zu erhöhen und die „organisationale Gesundheitskompetenz“ in der medizinischen Versorgung zu stärken. Bewährt hat sich das Modell schon in Thüringen. Auch in einem Hamburger Stadtteil gibt es einen Gesundheitskiosk. Wenn eine Kommune die Initiative ergreift, sollen die Krankenkassen verpflichtet werden, 80 Prozent der Kosten zu tragen. Die restlichen 20 Prozent sollen die Kommunen selbst übernehmen. Das Gesundheitsministerium rechnet mit einem finanziellen Aufwand von rund 400.000 Euro pro Jahr.

Außerdem soll mit dem neuen Gesetz eine zweite neue Form der medizinischen Versor-

gung eingeführt werden, das Primärversorgungszentrum. Dies beschränkt sich aber auf Gebiete, in denen es an Hausärzten mangelt.

Ziel ist es, so das Ministerium, den „Herausforderungen in der hausärztlichen Versorgung insbesondere in ländlichen und strukturschwachen Regionen zu begegnen und den besonderen Bedürfnissen älterer und multimorbider Patientinnen und Patienten gerecht zu werden“. Die Primärversorgungszentren sollen als attraktive Beschäftigungsmöglichkeit für Hausärztinnen und Hausärzte auch die Bereitschaft zur Niederlassung in diesen Regionen steigern.

Geplante Krankenhausreform

SPD-Politiker Lauterbach will auch bei den Krankenhäusern weitreichende Reformen erwirken. Dabei will er die Krankenhausfinanzierung auf neue Füße stellen. Nach einer Umfrage der Deutschen Krankenhaus-Gesellschaft sind mehr als zwei Drittel aller Kliniken in ihrer wirtschaftlichen Existenz kurz- oder mittelfristig gefährdet. Dagegen will Lauterbach etwas unternehmen, um die Kliniken finanziell zu stärken: Ausgangspunkt dafür ist der Vorschlag einer Expertenkommission. Darauf aufbauend haben sich Bund und Länder am 10. Juli 2023 auf Eckpunkte für die Reform geeinigt. Drei Ziele hat Lauterbach für die Reform definiert: Sie soll ökonomischen Druck von den Kliniken nehmen, Bürokratie abbauen und die Qualität der Versorgung verbessern.

Ein Kernelement: Die umstrittenen Fallpauschalen sollen nur noch eine untergeordnete Rolle spielen. Stattdessen erhalten die Krankenhäuser künftig eine Vorhaltevergütung dafür, dass sie bestimmte medizinische Behandlungen anbieten – unabhängig davon, wie oft diese tatsächlich in Anspruch genommen werden. Die Planungsbehörden der Länder weisen den Kliniken Leistungsgruppen zu. Dafür müssen die Häuser entsprechende Qualitätskriterien erfüllen. Im kommenden Jahr soll die Reform in Kraft treten. „Wir brauchen eine gute und schnell erreichbare Grundversorgung. Aber nicht jedes Haus muss auch jede medizinische Behandlung anbieten“, betont der Bundesgesundheitsminister.

DONNERSTAG, 9. NOVEMBER 2023

17:00–17:30 **Rede Prof. Dr. Karl Lauterbach**

17:30–18:30 **Fachpodium „Gesundheitspolitik und Pflege vor Ort“**

Wichtige Antworten zur Migration in Deutschland

Wie sich der Zuzug entwickelt und warum die Kommunen vor Herausforderungen stehen

Carl-Friedrich Höck

Wer kommt nach Deutschland?

Laut Bundesamt für Migration und Flüchtlinge haben bis September dieses Jahres 251.213 Menschen einen Asylantrag gestellt. Das sind 73 Prozent mehr als im Vorjahreszeitraum. Die meisten Antragsteller kommen aus Syrien, Afghanistan und der Türkei. Die Zahl der Asylanträge liegt immer noch deutlich niedriger als vor einigen Jahren. Zum Vergleich: Im Jahr 2016 wurden mehr als 750.000 Asylanträge gestellt. Dennoch klagen viele Kommunen, sie seien mit der Aufnahme und Integration der Menschen überlastet. Das liegt auch daran, dass im vergangenen Jahr viele ukra-

inische Kriegsflüchtlinge nach Deutschland gekommen sind. Ihnen wird ohne Asylantrag vorübergehender Schutz gewährt. Aktuell sind rund 1,1 Millionen ukrainische Geflüchtete in Deutschland registriert.

Wie ist die Lage in den Kommunen?

„Die Städte und Gemeinden sind in der Summe an der Grenze der Belastbarkeit“, warnt der Deutsche Städte- und Gemeindebund (DStGB). Auch wenn einzelne Kommunen noch Menschen unterbringen könnten, fehle es beinahe überall an Kapazitäten bei Integrations- und Sprachkursen. „Integration ist keine Aufgabe von Wochen oder

Monaten, sondern von Jahren“, betont der kommunale Spitzenverband.

Was können Kommunen tun?

Sie müssen die Aufnahme und Integration organisieren. Eine starke lokale Zivilgesellschaft, die Angebote für Zugezogene schafft, erleichtert die Integration. Wichtig ist, vorausschauend zu handeln. Ein Beispiel: Der Landkreis Ludwigslust-Parchim beschäftigt mehrere Wohnungsmanager, die sich darum kümmern, Häuser und Wohnungen zu sichten – auch dann, wenn gerade weniger Geflüchtete kommen. Das Vorgehen hat sich bewährt. Doch damit Kommunen vor Ort handeln und gestalten können, benötigen sie Spielräume. Letztlich kommt es also darauf an, dass Bund und Länder die Gemeinden auskömmlich finanzieren.

FREITAG, 10. NOVEMBER 2023

09:45–10:30 Rede Reem Alabali-Radovan

11:00–12:15 Fachgespräch „Migration und Integration als kommunale Herausforderung“

ANZEIGE



Stefan Sternberg,
Landrat des Landkreises
Ludwigslust-Parchim,
Mecklenburg-Vorpommern,
zur Situation der Apotheken
vor Ort



EINFACH DA FÜR DICH

KOMMUNAL-CAMP

Das Kommunal-Camp ist eine ergänzende Bildungsmaßnahme des SPD-Parteivorstands in Zusammenarbeit mit der Bundes-SGK.

12:30

Einlass und Registrierung

13:00 – 13:30

Eröffnung – Begrüßung Dr. Manfred Sternberg (Geschäftsführer Bundes-SGK) und Grußwort Karin Nink (Chefredakteurin DEMO)



REDE

„Mehr Zuversicht wagen“

Carsten Brosda

Senator der Behörde für Kultur und Medien der Freien und Hansestadt Hamburg,
Vorsitzender des Kulturforums der SPD

Plenum

13:30 – 14:15

MODERIERTES PANEL

Mutmachen durch positive Wahlkampf Erfahrungen

mit: **Rico Badenschier**, Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Schwerin · **Nadine Leonhardt**, Bürgermeisterin der Stadt Eschweiler · **Frank Steffen**, Landrat des Landkreises Oder-Spree · **Vanessa Gattung**, Bürgermeisterin der Stadt Papenburg · Moderation: Klaus Tovar, Leiter der Parteschule im WBH

Plenum

14:15 – 14:30

Pause

14:30 – 16:00

PARALLELE WORKSHOPS

Seminarräume

Wahlkämpfe strategisch planen!

Gwendolin Jungblut, The Leadership

Gut geplant ist halb gewonnen – Social-Media-Planung für Wahlkampf und Co.

Noemi Trompeter, Willy-Brandt-Haus

„Wir sind Rot in einer bunten Welt“

Geraldine Barette und Anke Hohmeister, Willy-Brandt-Haus

16:00

Ende des Kommunal-Camps

DEMO-KOMMUNALKONGRESS

16:00 – 16:45

Einlass und Akkreditierung, Besuch der Fachausstellung und Zeit für erste Gespräche

16:45 – 17:00

Begrüßung – Karin Nink (Chefredakteurin DEMO), Moderation durch das Programm: Katharina Gerlach

17:00 – 17:30



LEITVORTRAG 1

Rede und Diskussion:

Prof. Dr. Karl Lauterbach

Bundesgesundheitsminister

Plenum

17:30 – 18:30

PODIUMSDISKUSSION

Gesundheitspolitik und Pflege vor Ort

u. a. mit: **Boris Velter**, Leiter Leitungsstab Bundesgesundheitsministerium und ASG-Vorsitzender · **Monika Müller**, Dezernentin für Soziales und Gesundheit, Klinikum, Sport der Stadt Wolfsburg · **Gabriele Regina Overwiening**, Präsidentin Bundesvereinigung Deutscher Apothekerverbände e. V. (ABDA)

Plenum

18:30 – 19:00

Pause

19:00 – 19:30

Verleihung der DEMO-Kommunalfüchse 2023

19:30

Beginn Kommunalen Abend mit Catering und Musik

09:00 Einlass und Zeit zum Netzwerken

09:30–09:45 **Begrüßung und Einführung in den Tag**

09:45–10:30

**LEITVORTRAG 2**

Plenum

Rede und Diskussion:

Reem Alabali-Radovan

Staatsministerin beim Bundeskanzler und Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration sowie für Antirassismus

10:30–10:50 Kurzvorträge und Vorstellung der Fachgespräche/Workshops

11:00–12:15

PARALLELE FACHGESPRÄCHE

Seminarräume

Migration und Integration als kommunale Herausforderungu. a. mit: **Stefan Sternberg**, Landrat Ludwigslust-Parchim · **Prof. Dr. Lars Castellucci**, Stellv. Vorsitzender des Bundestagsausschusses für Inneres und Heimat · **Lena Weber**, Stadtbürgermeisterin Hermeskeil**Wärmeplanung und Wärmewende**mit: **Dr. Christine Wilcken**, Deutscher Städtetag, Leiterin des Dezernats Klima, Umwelt, Wirtschaft, Brand- und Katastrophenschutz · **Markus Herrera Torrez**, Oberbürgermeister Wertheim · **Robert Riechel**, Deutsches Institut für Urbanistik · **Bernhard Daldrup**, kommunalpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion**WAHLKAMPF-WORKSHOP MIT EINEM GUTEN NARRATIV UND PASSENDEN BOTSCHAFTEN DEN DISKURS ANFÜHREN**

Der Wahlkampf-Workshop wird von der Kommunikationsagentur ASK.Berlin durchgeführt.

12:15–13:15

Lunch

13:15–14:00

PODIUMSDISKUSSION

Plenum

KI in der kommunalen Praxismit: **Saskia Esken**, SPD-Parteivorsitzende · **Dagmar Hartge**, Landesbeauftragte für Datenschutz und Akteneinsicht in Brandenburg · **Marc Groß**, Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement (KGSt), Vertreter des Vorstands · **Alexander Handschuh**, Deutscher Städte- und Gemeindebund, Beigeordneter für Kommunikation und Digitalisierung

14:00–14:20

Kurzvorträge und Vorstellung der Fachgespräche/Workshops

14:30–15:50

PARALLELE FACHGESPRÄCHE

Seminarräume

Sichere Kommunenmit: **Jan Abt**, Deutsches Institut für Urbanistik · **Jochen Kopelke**, Bundesvorsitzender Gewerkschaft der Polizei · **Univ.-Prof. Dr. Martina Piefke**, Arbeitskreis Sicherheitsforschung an der Universität Witten/Herdecke · **Dr. Thorsten Kornblum**, Oberbürgermeister Braunschweig**Die CO₂-neutrale Kommune**u. a. mit: **Stefan Heimlich**, Vorsitzender des ACE Auto Club Europa e. V. · **Dr. Nina Scheer**, Sprecherin der AG Klimaschutz und Energie der SPD-Bundestagsfraktion · **Dr. Christine Wilcken**, Deutscher Städtetag, Leiterin des Dezernats Klima, Umwelt, Wirtschaft, Brand- und Katastrophenschutz**WAHLKAMPF-WORKSHOP MEHR ALS HALTUNG: HETZERN UND EXTREMEN IM POLITISCHEN RAUM DIE STIRN BIETEN**

Der Wahlkampf-Workshop wird von der Kommunikationsagentur ASK.Berlin durchgeführt.

15:50–16:15

Pause

16:15–16:45

**PERSPEKTIV-VORTRAG**

Plenum

Rede und Diskussion:

Dr. Thorsten Kornblum

Oberbürgermeister Braunschweig und Vorsitzender der Bundes-SGK

16:45–17:00

Abschluss, Feedback und Verabschiedung

Apotheken stärken statt Strukturen zerstören

Von Gabriele Regina Overwiening, Präsidentin der ABDA – Bundesvereinigung Deutscher Apothekerverbände e.V.



Wenn ich gefragt werde, warum ich mich als Präsidentin der ABDA – Bundesvereinigung Deutscher Apothekerverbände neben meiner Arbeit als Apothekerin für meinen Berufsstand einsetze, antworte ich: „Die Apotheken vor Ort tun sehr viel, um die Gesundheit der Menschen zu sichern, und werden dennoch – wie Strom aus der Steckdose – kaum bemerkt. Sie sind einfach da für die Bevölkerung, nachts genauso wie am Wochenende!“. Diese flächendeckende Arzneimittelversorgung verbindlich sicherzustellen, ist aber gar nicht so einfach, wie es auf den ersten Blick scheint. So werden ausreichend viele Apotheken gebraucht, die gleichmäßig über die Republik verteilt sein sollten. Dazu braucht die Apotheke kompetentes und motiviertes pharmazeutisches Personal, das Beratung, Rezepturen und Notdienste gewährleisten kann. Und es erfordert natürlich auch Arzneimittel in ausreichender Menge und höchster Qualität, mit denen die Apothekenteams die Menschen versorgen.

Die 17.800 Apotheken mit ihren 160.000 Beschäftigten werden dieser hohen Verantwortung gegenüber den täglich mehr als drei Millionen Patientinnen und Patienten jederzeit gerecht. Zu den wichtigsten ordnungspolitischen Säulen dieses Systems gehören die Niederlassungsfreiheit, das Fremd- und Mehrbesitzverbot, die Apothekenpflicht für Medikamente sowie die in der Apothekenbetriebsordnung festgesetzten Anforderungen. Gerade in der Corona-Pandemie hat sich gezeigt, wie resilient und flexibel die Apotheken vor Ort sind. Die Herstellung von Desinfektionsmitteln, der Aufbau einer Test-Infrastruktur oder das Erstellen digitaler Impfbefreiungszertifikate sind nur wenige Beispiele für diese Lösungskompetenz. Nach der Pandemie müssen die Apothekenteams in einer immensen Lieferengpass-Lage nun schon die nächste Krise meistern – und Tag für Tag suchen die Teams nach Lösungen.

Damit diese Leistungen erhalten bleiben, muss das System der inhabergeführten Apotheken stabilisiert werden. Doch genau das Gegenteil will nun das Bundesgesundheitsministerium tun: Ende September hat Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach angekündigt, per Gesetz die Strukturen des Apothekenwesens verändern zu wollen, um dem Rückgang der Apothekenzahl Einhalt zu gebieten. Doch mit der vom Minister geplanten Deregulierung von zurzeit 4.700 Filialapotheken gäbe es in vielen Regionen dann nur noch „Scheinapotheken“ – ohne anwesende Apothekerinnen und Apotheker sowie ohne Notdienste und Rezepturen, die bei Lieferengpässen angefertigt werden müssen. Das kann nicht im Interesse einer sozialdemokratisch geleiteten und

an Gerechtigkeit orientierten Bundesregierung sein! Wenn abgespeckte „Scheinapotheken“ mit Minimalbesetzung zum Standard werden sollten, fehlt gerade den Menschen in kleinen und mittleren Kommunen die gleichwertige und sichere Versorgung. Und den Kommunen fehlen die mittelständischen Apotheken als Gewerbesteuerzahler, als Ausbilder und als wesentliche Säule der lokalen Infrastruktur.

Die Apothekerinnen und Apotheker möchten mit den Verantwortlichen aus Gesundheits-, Wirtschafts- und Kommunalpolitik nicht über Kürzungen, sondern über Perspektiven sprechen. Angesichts einer alternden Gesellschaft kommt es darauf an, auch die Apotheken zukunftsfähig aufzustellen. Dafür braucht es feste Strukturen, aber auch solide Finanzen: Länger als ein ganzes Jahrzehnt wurde das Festhonorar auf verschreibungspflichtige Arzneimittel, die für mehr als 80 Prozent des Umsatzes der Apotheken verantwortlich sind, nicht mehr angepasst. Weil im gleichen Zeitraum die Inflationsrate um 38 Prozent angestiegen ist und auch alle anderen Kosten explodiert sind, brauchen die Apotheken eine schnelle Anpassung ihres Honorars. Kurzum: Die Politik sollte das wohnortnahe Apothekennetz mit Blick auf die sinkende Apothekenzahl unbedingt stärken und stabilisieren, anstatt es durch eine Strukturreform ins Wanken zu bringen.



Unsere Kommunen: Vernetzt für eine nachhaltige Zukunft

Von Dr. Klaus Effing

Kommunen sind auf verlässliche Netzwerke angewiesen, in denen ganzheitliches und nachhaltiges Denken und Handeln im Vordergrund stehen. Die Bewältigung komplexer Themen und Herausforderungen erfordert die Zusammenarbeit und den Austausch innerhalb des gesamten kommunalen Ökosystems.

Die KGSt hat das Konzept der „Netzwerkkommune“ daher in den Fokus ihrer strategischen Ausrichtung gerückt. Das Leitbild der Netzwerkkommune ist für uns handlungsleitend.

Vor allem folgende 10 Aspekte machen aus Sicht der KGSt die Netzwerkkommune aus:

EINE NETZWERKKOMMUNE...

1. ... handelt wirkungs- und ergebnisorientiert sowie strategiekonform.
2. ... entscheidet evidenzbasiert.
3. ... ist handlungs- und anpassungsfähig.
4. ... handelt flexibel in unterschiedlichen Rollen.
5. ... denkt und handelt kollaborativ.
6. ... setzt Methoden kompetent ein.
7. ... handelt potenzialorientiert.
8. ... arbeitet nutzendenzentriert.
9. ... richtet sich daten- und prozessorientiert aus.
10. ... handelt souverän und offen.

Gemeinsam wollen wir dieses Leitbild weiterentwickeln. **Nachhaltig handeln** und **die digitale Transformation gestalten** sind die großen Themen unserer Zeit. Sie stellen Kommunen vor enorme Herausforderungen und bieten gleichzeitig viel Potenzial für positive Veränderungen. Wichtig ist es, Nachhaltigkeit ganzheitlich in den Ausprägungen Ökologie, Ökonomie und Soziales zu betrachten. Bei der digitalen Transformation sollten besonders die Aspekte Automation und Künstliche Intelligenz (KI) in den Blick genommen werden. Außerdem sollten beide Stränge integriert betrachtet und aktiv gestaltet werden.

Weitere thematische Herausforderungen, die wir im Blick haben, sind der sich immer weiter zuspitzende **Arbeitskräftemangel**, **strukturelle Haushaltsdefizite**, die nach der Pandemie noch einmal eine ganz neue Bedeutung bekommen und die **zunehmende Krisendichte**, die unseren Alltag bestimmt und für die sich Kommunen in Zukunft resilienter und robuster aufstellen müssen.

Wir sind überzeugt, dass die Bedeutung der Kommunen in den kommenden Jahren weiter steigen wird. Die kommunale Welt in Deutschland ist innovativ und kreativ und kann Vorbild für örtliche Gemeinschaften in anderen Staaten sein. Die KGSt bündelt dieses Potenzial und unterstützt die Kommunen weiterhin als unabhängige Denkfabrik und Ideenschmiede des kommunalen Managements.



„Wir müssen die Netzwerkkommune gemeinsam gestalten“ fordert KGSt-Vorstand Dr. Klaus Effing auf dem KGSt®-FORUM 2023.

UNSERE VERPFLICHTUNGEN:

- Wir sind für Kommunen die Anlaufstelle in Fragen des kommunalen Managements. Dabei bieten wir passgenaue Angebote für Kommunen aller Größenklassen an.
- Wir professionalisieren die Kommunikation und Zusammenarbeit mit unseren Mitgliedern. Die intensive Einbindung kommunaler Praktikerinnen und Praktiker hat dabei eine zentrale Bedeutung.
- Wir sind aktiver Partner an der Schnittstelle zwischen Praxis und Wissenschaft und ins föderale System.
- Wir sind ein attraktiver Arbeitgeber und Trendsetter für die kommunale Welt.
- Wir handeln wirtschaftlich, konzentrieren uns auf unseren Auftrag und verzahnen noch aktiver als bisher alle Bereiche der KGSt für unsere Mitglieder.

Wir werden unser großes und leistungsfähiges Netzwerk von rund 2.500 Städten, Gemeinden, Landkreisen bzw. Kreisen und kommunalen Institutionen weiter ausbauen und die Zusammenarbeit mit unseren Partnerinnen und Partnern vertiefen. Netzwerk, Kommune und KGSt gehören zusammen.

Weitere Informationen: www.kgst.de

KGSt – Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement
Gereonstr. 18–32, 50670 Köln
T: +49 221 37689-0, kgst@kgst.de

LieblingsbusfahrerIn 2023

Würdigung für die, die Deutschland mobil halten



Von Werner Overkamp, VDV-Vizepräsident

Das Scheinwerferlicht war ungewohnt. So viele Kameras. Als Sabrina Altieri, Hakan Bugra, Thomas Kunz und Jan Bziak auf die Bühne gerufen wurden, wirkten sie angesichts der Aufmerksamkeit zunächst unsicher, doch dann kam nach und nach das Lachen und der Stolz über die eigene Leistung in die Gesichter. Sie sind Siegerin und Sieger des Wettbewerbs LieblingsbusfahrerIn 2023. Die vier Ausgezeichneten stehen stellvertretend für die hervorragenden Leistungen der rund 100.000 Busfahrerinnen und Busfahrer, die täglich auf deutschen Straßen im Einsatz sind. Sie halten unser Land mobil – wahrscheinlich können sich nur wenige vorstellen, was das jeden Tag bedeutet: wenn es mal eng wird im Bus oder manch ein Fahrgast sich im Ton vergreift. Deswegen kommt diese Wertschätzung zum richtigen Zeitpunkt – und lenkt den Fokus der medialen Aufmerksamkeit dorthin, wo er hingehört: in den sprichwörtlichen Maschinenraum der Mobilität, wo abseits von Hochglanzbroschüren die entscheidende Leistung erbracht wird. Mitten im Leben, für die Menschen und für unseren Wirtschaftsstandort.

Bei dem deutschlandweiten, vom Verband Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV) gemeinsam mit DB Regio, Pro Bahn und BDO initiierten Wettbewerb, hatten die Fahrgäste über den Sommer Zeit, auf lieblingsbusfahrerIn.de, ihre Fahrerin oder ihren Fahrer mit einer Bus-Geschichte zu nominieren. Die Resonanz war überwältigend: Mehr als 2.300 Einsendungen erreichten die Jury bis Ende Juni. Nun wurden die vier Ausgezeichneten in Berlin geehrt. Für die Jury – bestehend aus Vertreterinnen und Vertretern aus Politik,



DIE BRANCHE IN ZAHLEN

Rund 100.000 Busfahrerinnen und Busfahrer befinden sich deutschlandweit in gewerblichen Beschäftigungsverhältnissen. Jedes zweite Unternehmen gab an, 2022 aus personellen Gründen den Betrieb zumindest zeitweilig eingeschränkt zu haben.

Mehr als die Hälfte des Fahrpersonals ist älter als 50 Jahre. Das bedeutet, dass bis 2030 jährlich rund 4.000 bis 6.000 Fahrerinnen und Fahrer in den Ruhestand wechseln werden – die Branche wird also jährlich tausende neue Leute gewinnen müssen, um das altersbedingte Ausscheiden kompensieren zu können.

Über die branchenweite VDV-Arbeitgeberinitiative und den dortigen Stellenmarkt sind derzeit über 12.000 offene Stellen in allen Bereichen zu finden: in-dir-steckt-zukunft.de

Wirtschaft, Gewerkschaften und Zivilgesellschaft – war es nicht einfach, sich unter den vielen Einsendungen zu entscheiden. Die Jurorinnen und Juroren legten den Schwerpunkt auf Geschichten, die „dauerhaft vorbildliche Leistungen“ zum Inhalt hatten. Für den Sonderpreis sollte eine außergewöhnliche Tat im Zentrum stehen. Am Ende fiel die Wahl auf Thomas Kunz (Verkehr und Wasser, Oldenburg), Sabrina Altieri (BusClassic, Wiesentheid) und Hakan Bugra (RBO Regionalbus Ostbayern, Passau) sowie auf Jan Bziak (moBiel, Bielefeld), der einen Sonderpreis erhielt: Der ehrenamtliche Feuerwehrmann rettete einer Person mit einer sofort eingeleiteten Reanimationsmaßnahme das Leben.

Insgesamt hatten es 22 Nominierte in die engere Auswahl geschafft – diese Bus-Geschichten sind unter lieblingsbusfahrerIn.de nachzulesen. Das Gros der Einsendungen war geprägt von einem „Einfach mal Danke sagen.“ Und „Jeden Morgen freundlich, auch wenn es mal stressig wird.“ Aus Sicht des VDV belegen die Geschichten eindrucksvoll, dass die Qualität der Busfahrt in den Kommunen entscheidend von dem oder der „am Lenkrad“ abhängt, – besonders, wenn es Probleme gibt. Genau das darf nicht im Alltag untergehen, sondern wurde nun prämiert. In den Geschichten wird eindrucksvoll beschrieben, dass es ein herausfordernder und sinnstiftender Beruf ist, der zum Klimaschutz beiträgt. Wir werden den Wettbewerb fortführen. Geschichten, die seit dem 1. Juli 2023 eingehen, werden für den Wettbewerb 2024 berücksichtigt. Ohne neue Busfahrerinnen und Busfahrer wird die Einhaltung der Fahrpläne in den deutschen Kommunen und Regionen sehr schwierig – und eine Verkehrswende in Deutschland undenkbar.

Mit nachhaltigem Strom in die Zukunft

Es ist notwendig, dass Erneuerbare Energien und nachhaltige Energieerzeugung eine immer wichtigere Rolle in der globalen Energieversorgung spielen. Diese Technologien bieten zahlreiche Vorteile, die sowohl die Umwelt als auch die Wirtschaft und die Gesellschaft positiv beeinflussen.

Erneuerbare Energien zeichnen sich auch durch ihre Nachhaltigkeit aus. Erneuerbare Ressourcen wie Sonnenlicht, Wind und Wasser sind unerschöpflich und stehen langfristig zur Verfügung. Im Gegensatz dazu sind fossile Brennstoffe endlich und werden zunehmend knapper und damit teurer. Von der CO₂-Bilanz und der Auswirkung auf die Klimabilanz ganz zu schweigen.

Durch die Investition in erneuerbare Energien können Länder ihre Energieversorgung sichern und gleichzeitig ihre Abhängigkeit von instabilen Energiemärkten reduzieren.

Erneuerbare Energien bieten eine breite Palette von Vorteilen, von der Umweltschonung über wirtschaftliche Chancen bis hin zur Stärkung der Energieunabhängigkeit. Was uns der Ukraine-Krieg deutlich vor Augen geführt hat.

ERNEUERBARE ENERGIEN SIND UNSER ANTRIEB

Unser Leitsatz „Transforming Energy“ bedeutet für uns nicht nur, effizient Energie zu erzeugen, sondern auch verantwortungsvoll mit Ressourcen umzugehen. Daher engagiert sich die ALTUS im Bereich der erneuerbaren Energien und agiert als erfahrener Projektentwickler für Windenergie- und Photovoltaikanlagen.

Als Spezialist für erneuerbare Energien bieten wir Ihnen Energielösungen für heute, morgen und übermorgen. Wir übernehmen Verantwortung und haben uns zum Ziel gesetzt, den Energiesektor klimafreundlicher zu machen, ohne dabei die Wirtschaftlichkeit aus den Augen zu verlieren. So begleiten wir unsere Kunden auf dem Weg in eine nachhaltige Zukunft.

Kontakt:

ALTUS renewables GmbH
Thorsten Wehner
Politische Kommunikation & Strategie
t.wehner@altus-re.de

ANZEIGE

Strategien für SPD-Landesverbände und -Fraktionen

Das Antipopulismus-Paket von ASK

Populistischen Parteien und ihren Funktionär*innen begegnen.

ABER WIE?

Dauerkrise, technologischer Wandel und demokratische Prozesse, die erklärungsbedürftig und anstrengend sind. Zukunftsängste und Frust machen sich breit – und das nutzen AfD & Co. Sie bieten scheinbar einfache Lösungen und Wahrheiten. Zugleich ziehen sie den

politischen Diskurs von der sachlichen auf die persönliche Ebene und schaffen scheinbaren Zusammenhalt über Feindbilder. „Wir gegen die“ führt zu einer Radikalisierung der Menschen, zu Ausgrenzung, Hass und Hetze. **Populismus wird zum Risiko für unsere Demokratie. Und nun?**

ASK hat speziell für SPD-Landesverbände und -Fraktionen ein Antipopulismus-Paket entwickelt: **Der strategische Umgang mit Populisten vor eurer Haustür.** Wir analysieren die Kommunikation und Vorgehensweise der Populisten bei euch vor Ort und

entwickeln ein individuelles Kommunikations-Konzept, zugeschnitten auf eure Gegebenheiten. Nach einer gründlichen Analyse erarbeiten wir gemeinsam mit euch in zwei Workshops, wie ihr euch strategisch und kommunikativ gegen Hetzer positionieren könnt. Unser Know-how in diesem Bereich sichern wir **mit neuesten wissenschaftlichen Erkenntnissen aus der Populismus- und Extremismusforschung** ab.

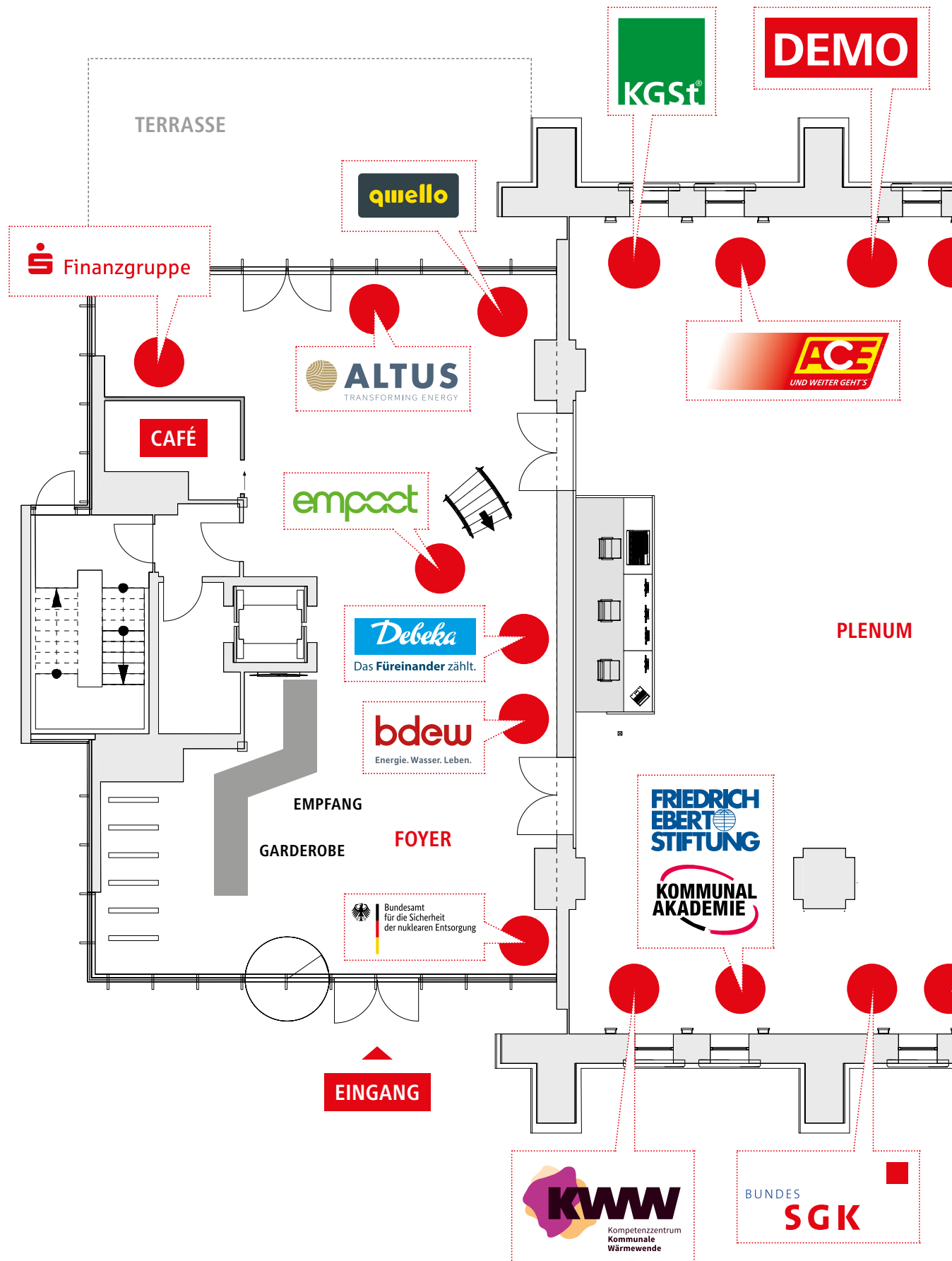
Ziel ist es, einen sicheren Umgang mit populistischen Gegnern zu bekommen. **Wir zeigen euch, wie ihr aus der Defensive in die Offensive kommt.**

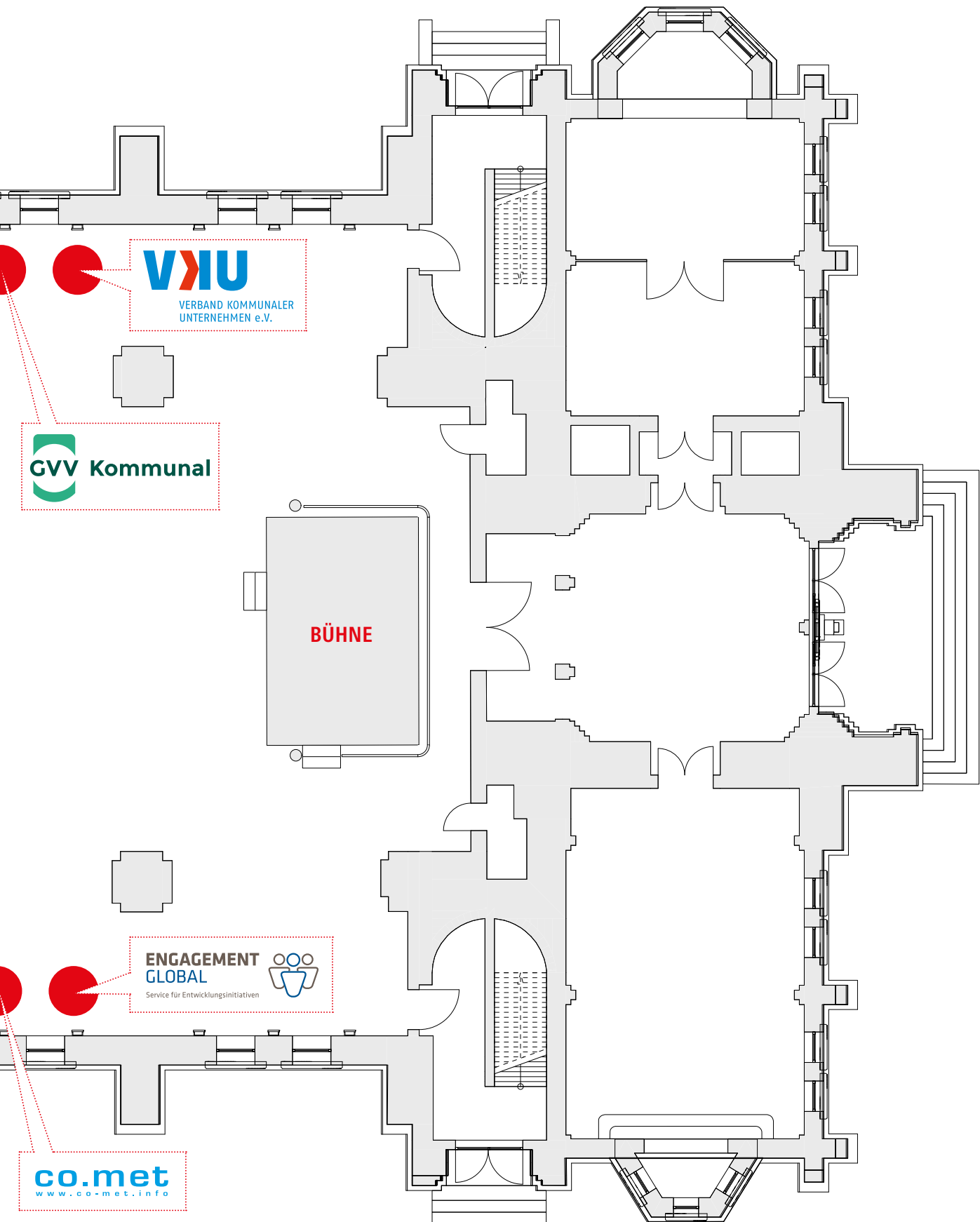
ANSPRECHPARTNER:

Thomas Mühlnickel · Oliver Löbert
spd@ask-berlin.de



HALLENPLAN





SPONSOREN



www.ace.de



www.kgst.de



www.kww-halle.de



www.qwello.eu



www.abda.de



www.altus-ag.de



www.ask-berlin.de



www.bdew.de



www.bundes-sgk.de



www.co-met.info



www.debeka.de



www.dsgv.de



www.engagement-global.de



www.empact.energy



www.fes.de/kommunalakademie



www.gvv-kommunal.de



www.vku.de



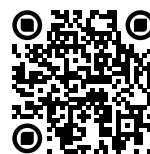
www.vorwärts.de



KOMMUNAL & SOZIALDEMOKRATISCH
DER DEMO-NEWSLETTER!

EINFACH ABONNIEREN

Auf demo-online.de/newsletter
Ihre E-Mail-Adresse sowie Vor- und
Nachnamen eingeben und bestellen.



Erscheint alle 14 Tage.
Kostenlos und aktuell.

Verdiente Siegerinnen, verdiente Sieger:

Wertschätzung für die, die Deutschland mobil halten.

lieblingsbusfahrerIn.de



@DieVerkehrsunternehmen



@VDV_Verband



App app.vdv.de

Wir gratulieren!



die-verkehrsunternehmen